

4 DER SPASS IST ZU TEUER,
VON UNS KRIEGT IHR NÜSCHT!
Berlin

6 PECH IM
GLÜCKSSPIEL
Hamburg

8 EIN HORT DER
LEIHARBEIT
Bremen

11 MISS
PAWLITSCHENKO
Kultur

14 DIE
BUNDESTAGSWAHL 2017
BRD

16 KOMMUNISTENPROZESS GEGEN
TÜRKISCHE REVOLUTIONÄRE
International

18 MACHEN
KINDER ARM?
Frauen

EDITORIAL

IN EIGENER SACHE

Liebe LeserInnen,

wir veröffentlichen jetzt die zweite Ausgabe der Roten Post. Wir bedanken uns bei den vielen LeserInnen, die uns Kritik zur ersten Ausgabe geschickt haben. Unsere erste Ausgabe war ein Anfang und kein Anfang kann eine fertige Sache sein, genauso wie ein Samen keine fertige Blume und kein Baby ein Erwachsener ist. Um uns zu entwickeln und zu wachsen ist für uns die Kritik unserer Leser unverzichtbar.

Wir wissen, dass diese Zeitung noch viel Zeit brauchen wird, um ihrem Zweck besser gerecht zu werden, eine lebendige Stimme von und für die tiefsten und breitesten Massen zu sein. Wir beeilen uns natürlich dort hinzukommen, doch wir sind keine Pragmatiker. Für uns spielt es eine Rolle die Klassenlinie durchzusetzen. Mehr noch: Sie ist das einzig Entscheidende.

Die Kritiken die wir bekommen haben, teilen sich weitestgehend in zwei Kategorien auf: Zum einen ist da die Kritik der arbeitenden LeserInnen, zum anderen die der akademischen. Erstere haben besonders den Artikel über den Streik kritisiert. Dieser sei wegen seiner Form nicht zureichend verständlich. Wir nehmen diese Kritik an! Zwar nicht des Inhalts, so doch der Form nach entspricht der Artikel, insbesondere im zweiten Teil, nicht dem Ziel unserer Zeitung.

Unsere akademischen LeserInnen haben sich vor allem über die Rechtschreibung entrüstet. Es stimmt, auch wir wollen keine Rechtschreibfehler. Wir wollen, dass Form und Inhalt der Zeitung auf allen Ebenen bestmöglich sind. Aber: Wir sind keine PedantInnen, sondern RevolutionärInnen. Für uns steht der Inhalt im Vordergrund. Die gesamte Redaktion der Zeitung besteht aktuell aus ArbeiterInnen und es stimmt: aufgrund der subjektiven und objektiven Situation können wir leider nicht die Arbeit einer professionellen Redaktion erfüllen. Doch wir lassen uns den Mund nicht verbieten, weil unsere Kommasetzung nicht akademischen Standards entspricht. Wir halten politischen Inhalt und die Entwicklung der journalistischen Tätigkeit des Proletariats für das Ausschlaggebende. Wir hoffen, dass wir in dieser Ausgabe einen Fortschritt gemacht haben und versuchen, eine dauerhafte Lösung zu schaffen.

Wir haben von keiner einzigen ausländischen GenossIn Kritik an unserer Rechtschreibung bekommen, was uns einmal mehr darin bestärkt, eine Zeitung in einer Sprache geschaffen zu haben, die unsere Klasse erreicht. Die Hauptkritik, die die GenossInnen von den tiefsten und breitesten Massen gemacht haben, betrifft das Layout: Artikel und Überschriften sind nicht übersichtlich genug, es ist unklar wo ein Artikel anfängt und aufhört, usw. Auch diese Kritik finden wir richtig und hoffen, mit der vorliegenden Ausgabe einige der Probleme überwunden zu haben und so unsere Selbstkritik Tat werden zu lassen. Trotzdem hoffen wir natürlich weiterhin auf die lebendige Kritik unserer LeserInnen an rotopost@gmx.de.

Eure RoPo Redaktion



IMPRESSUM

V.i.S.d.P.: Franziska Vogler, Blodigstraße 15, 80933 München

Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung einschließlich ihrer Beilagen solange Eigentum der/des AbsenderIn, bis es den Gefangenen ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Rote Post den Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist es der/dem AbsenderIn mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzuschicken.

DER SPASS IST ZU TEUER, VON UNS KRIEGT IHR NÜSCHTI

Verspätungen, dreckige, überfüllte, kaputte Züge und Busse, die zu früh oder zu spät abfahren, übermüdete und überarbeitete Fahrer, aggressive Kontrolleure, die man eher auf einer HoGeSa-Demo oder in einem Gangsta-Rap-Video erwarten würde und das alles für einen dicken Batzen Kohle. All das kennen wir von den Monopolen der Berliner Verkehrsbetriebe (BVG) und der Berliner S-Bahn. Die BVG wirbt mit dem Slogan „Weil wir euch lieben“ aber das ist nicht, was sie antreibt. Es geht um den Profit und darum, die Infrastruktur des Staates sicherzustellen. Besonders auf Ersteres möchten wir im Folgenden eingehen.

Jeder Berliner der sich kein Auto leisten kann oder die ewigen Staus satt hat, kennt das Problem: Das Hoffen und Bangen, pünktlich zur Arbeit zu kommen, obwohl man schon eine halbe Stunde früher aufsteht als man laut Fahrplan müsste, um sich dann in eine der gelben oder roten Sardinienbüchsen zu zwängen und sich schon gestresst auf den Weg zur Lohnklaverei zu machen. Immer wieder der Blick aufs Smartphone, um zu schauen ob man den Anschlusszug noch bekommt. Oft ist die Antwort ernüchternd, ebenso wie die Reaktion des Vorgesetzten, wenn man wieder zu spät kommt. Zu spät zu einer

Arbeit von der man sowieso kaum leben kann. Von dem wenigen, das einem bleibt, muss man dann auch noch eine keinesfalls unerhebliche Summe für überteuerte Fahrkarten blechen. So kostet ein Monatsticket mehr als 80 Euro, im Jahres-Abo sind es immer noch über 60 Euro, von Einzelfahrscheinen gar nicht erst zu sprechen. Dabei zahlen wir auch ohne Ticket schon alle für die BVG und S-Bahn, denn diese werden vom Land Berlin subventioniert, das heißt durch die Steuern, die wir monatlich abdrücken müssen. Im Jahr 2017 waren es alleine 549,14 Millionen Euro für die BVG. Sowohl die Berliner Verkehrsbetriebe, als auch die S-Bahn Berlin GmbH sind zwar formal private Unternehmen, große Anteile liegen jedoch beim Staat, und die Unternehmen genießen absolute Monopolstellung. Im Jahr 2017 machten sie zusammen einen Reingewinn von mehr als 75 Millionen Euro. Doch warum ist der öffentliche Nahverkehr dann so unzuverlässig? Es sind weder die ausgebeuteten Angestellten noch irgendwelche Wetterphänomene oder ähnliches. Der Grund sind die Profitinteressen der Bonzen mit ihrer Monopolstellung. Was hat man auch für eine Alternative als Bus, Bahn und Tram zu nutzen, wenn man sich weder ein Auto noch den immer teurer werdenden Sprit leisten kann. Diese



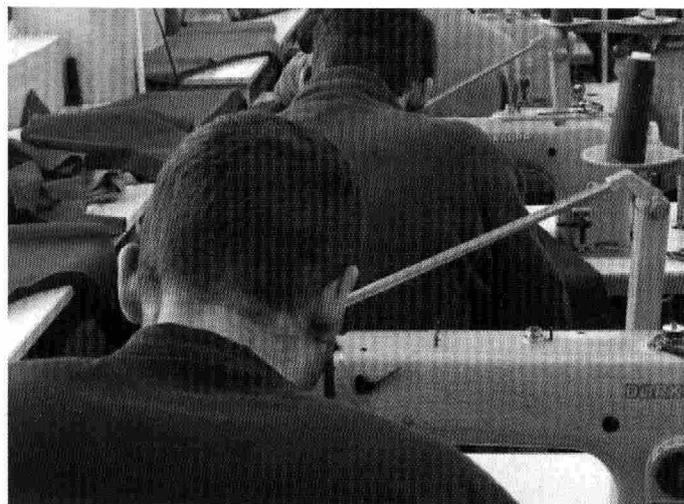
Situation wird gnadenlos ausgenutzt und es wird gespart, wo es nur eben geht, oder eigentlich auch nicht. Aber was interessiert es die hohen Tiere dort auch, die haben genug Geld für ein Auto, oder auch zwei oder drei. In einem offenen Brief haben vor kurzem mehrere Mitarbeiter der BVG klar Stellung gegen die Firmenleitung bezogen, so heißt es unter anderem „Es wird alles kaputt gespart, bis nichts mehr geht“, es fahren massenhaft kaputte Züge und Busse durch Berlin, welche immer öfter nicht einmal den gesetzlichen Sicherheitsvorschriften entsprechen.

Trotz all dieser Mängel kann sich bei weitem nicht jeder ein Ticket leisten, wer beispielsweise Harz 4 bekommt, für den macht ein Monatsticket 20% des zur Verfügung stehenden Geldes aus, bei Empfängern von Grundsicherung, wie den meisten Flüchtlingen, oder für unzählige Rentner, ist es noch mehr. Aber auch für die arbeitenden Massen ist es immer schwerer Geld für Tickets übrig zu haben. Wer „schwarz“ fährt, der sitzt wie auf heißen Kohlen, immer die Angst im Nacken, die Angst von irgendwelchen Hooligans und Kleinkriminellen, die als Fahrkartenkontrolleure eingesetzt werden, erwischt zu werden. Jeder kennt diese Situation, man sitzt im Bus, oder einer der Bahnen und plötzlich steht ein aggressiver und aufgepumpter Typ vor einem mit den „Insignien der Wichtigkeit“, dem Dienstausweis der BVG oder Berliner S-Bahn, und einem Scanner in der Hand. Wegrennen ist zwecklos, der Zangenbewegung der Fahrkarten-Gang entkommt man nicht. Auch wenn die Kontrolleure die Fahrgäste nicht anfassen dürfen, geschweige denn festhalten, kommt es regelmäßig zu Übergriffen und Körperverletzungen durch eben diese Verräter an der Arbeiterklasse.



So ist es nicht verwunderlich, dass diese Personen immer wieder Ziel gerechtfertigter Angriffe werden. Sie sind nichts anderes als Lakaien

der Monopol-Bonzen. Wer die Strafen für das Schwarzfahren nicht zahlen kann, der sieht sich im Handumdrehen im Knast, meist in Moabit oder Plötzensee. In Plötzensee sitzen im Moment rund 100 Leute ein, fast 70 davon wegen Schwarzfahrens. Die meisten werden sich fragen, welchen Sinn das haben soll, Leute wegen so etwas einzusperren, unter anderem auch, weil ein Hafttag den Staat ca. 150 Euro kostet. Aber die Kapitalisten profitieren davon, mehr noch, sie sind auf diese industrielle Reservearmee angewiesen, denn die meisten der Schwarzfahrer arbeiten im Knast.



Dort können Firmen, wie Samsung oder Textilfirmen, für den Bruchteil des Mindestlohns produzieren lassen. Auch die Werbepartikel der SPD werden zu großen Teilen dort gefertigt. All dies zeigt eindeutig, wem der öffentliche Nahverkehr und vor allem der Staat dient. Nicht allen, wie sie immer wieder gerne schwadronieren, sondern denen, die an der Arbeit anderer verdienen, sprich der Kapitalistenklasse. Aber das ist nicht verwunderlich in diesem System, dem Imperialismus, dem blutsaugendem parasitären, aber auch sterbenden Kapitalismus, der seiner Natur entsprechend von der Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiterklasse und der gesamten dritten Welt lebt. Um so wichtiger ist es, dieses System so schnell wie möglich zu Grabe zu tragen. Mit allen notwendigen Mitteln für die sozialistische Revolution zu kämpfen. Dafür mangelt es uns in der BRD an der elementarsten Notwendigkeit, der Kommunistischen Partei, der Kampfmaschine der Arbeiterklasse und keinem lächerlichen Wahlverein. Daher ist die erste Aufgabe die Rekonstitution der Kommunistischen Partei Deutschlands. •

PECH IM GLÜCKSSPIEL

Ständig tauchen in den Arbeiterstadtteilen Hamburgs neue Spielhallen auf. In Billstedt, in Eidelstedt, in Steilshoop oder in Kirchdorf Süd. Nicht immer lohnen sich dort „kleine“ Geschäfte, gefühlt wird das Kleingewerbe dort vom Glücksspiel verdrängt. Die schließen und eine Kneipe mit mehreren Automaten, ein Wettbüro oder direkt eine Spielothek einer größeren Kette öffnet seine Pforten. Löwenplay, Lucky7, Let's Play, Casino Royal ... überall wirbt die schrille Leuchtreklame um unsere Aufmerksamkeit.

Wenn man dann so einen Laden betritt, der mit Freigetränken und großen Gewinnen für jedermann lockt, sieht man reihenweise Arbeiter, Arbeitslose und auch Lumpen vor den blinkenden Automaten sitzen, während sie teilweise um dreistellige Eurobeträge zocken. Das machen sie bisweilen auch an zwei, drei oder mehr Automaten gleichzeitig. In den meisten Spielhallen sind stets alle Automaten belegt, viele Leute gehen wieder, „müssen“ weiter und zur nächsten Spielo fahren, um dort ihr Geld zu verlieren.

Das ist ein Problem in der Arbeiterklasse. Menschen, die jeden Tag mit Problemen auf der Arbeit und in der Familie konfrontiert sind, die jeden Tag Alltagsstress, sinnlosen Anweisungen und Demütigungen ihres Chefs oder Vorarbeiters ausgesetzt sind, rennen in Scharen in die Spielhallen, in der Hoffnung auf den großen Gewinn, Geld und damit verbundenes Glück und einen erhofften Ausbruch aus der Knochenmühle, die wir Imperialismus nennen.

Wer kennt es nicht, man geht an einer Spielo vorbei und fragt sich: „Soll ich mein Glück versuchen?“ „Was soll schon passieren?“ Dann könnte man die neue Waschmaschine, den Fernseher, die Konsole, den Geschirrspüler, oder was sonst gerade kaputt

gegangen ist, abbezahlen und schon sitzt man am Daddelautomaten. Man wirft fünf Euro in den Automaten, kann sogar „hochdrücken“ und holt tatsächlich 50 Euro aus dem Ding, Zack, da sitzt man dann öfters am Automaten. Denn wenn man einmal was gewonnen hat, wird man ja wohl auch öfter ein bisschen Glück haben. Vielleicht gewinnt man sogar mal 2000 Euro und das spornt natürlich an. „Denn wo die herkommen, ist noch viel mehr zu holen.“ Das Gefühl, wenn man denn gewinnt, ist auch zur Abwechslung Mal ein gutes.

Viel Geld gewinnen und dann endlich mal Herr seiner Lage sein, endlich mal selbst bestimmen, ob man seine Arbeitskraft verkauft oder nicht, ob, wie lange und wohin man in den Urlaub fährt oder nicht, ob man sich ein neues oder gebrauchtes Auto kauft oder nicht. Das alles motiviert die Menschen, an Automaten zu zocken, auf Sport zu wetten oder Lottoscheine auszufüllen, dass sie damit, rein rechnerisch, nicht gewinnen können und werden, stört dabei wenig.

„Jeder“ kann gewinnen, aber eben nicht viele und schon gar nicht alle. 40 Prozent der eingeworfenen Kohle bleiben direkt im Automaten. Dass ein Unternehmen, das Automaten aufstellt, Gewinne einfahren muss und dementsprechend die Automaten so taktet, dass am Ende des Tages Gewinn in ihrer Tasche bleibt, ist eigentlich kein Geheimnis. Die Glücksspielindustrie in Deutschland macht jährlich über 40 Milliarden Euro Umsatz. Dennoch verpulvern die Menschen ihr Geld an diesen Automaten. Spielautomaten sind der leichte Einstieg in die Glücksspielsucht, weil sie so einfach zugänglich sind. Somit sind sie auch der Einstieg ins Verderben, welches sich nicht zuletzt in immer weniger Geld zum Leben, hohen Schulden oder Privatinsolvenz ausdrückt.

Das ohnehin schon knappe Geld wird noch weniger, die harte 40-Stunden-Woche reicht zum Überleben kaum mehr aus. Am Ende des Monats warten Tütensuppe oder ähnliches. Das führt zu privaten Konflikten. In einer patriarchalen Gesellschaft, in der der Frau der Haushalt als zusätzliche Last aufgebürdet wird, ist sie verantwortlich dafür, dass jeden Tag das Essen auf dem Tisch steht. Aber wenn



das nicht bezahlt werden kann? Dann entlädt sich der Frust in den Beziehungen. Der Mann setzt seine Rolle als Herrscher in der Familie durch, nicht zuletzt mit Gewalt. Welche Konfliktvermeidungsstrategien gibt es? Meist Alkohol. So entsteht ein riesiger Rattenschwanz an Problemen.

Wie wenig uns die Herrschenden in diesem Land bei dieser Problematik behilflich sind, zeigt sich anhand aktueller Gesetzgebung: Eine neue Regelung im Gesetz schreibt vor, dass künftig 500 Meter zwischen zwei Spielhallen liegen müssen. Dort, wo es mehr Läden sind, sollen Betreiber weichen. Bleiben darf, wer bereits am längsten ansässig ist. Bis Ende vergangenen Jahres sollten die betroffenen Läden eigentlich schließen, so zumindest die Ankündigung insbesondere für Hamburgs Osten. Falko Droßmann, SPD-Bezirksamtsleiter in Hamburg-Mitte, tönnte groß: „Billstedt muss gentrifiziert werden!“ Das bedeutet ganz einfach: Leute mit Geld sollen Leute ohne Geld verdrängen. Und nichts anderes ist das Resultat, wenn zum Beispiel der große Parkplatz zwischen der Post und den Supermärkten gebührenpflichtig gemacht wird. Dort, wo früher die Wanderarbeiter aus dem Süd-Osten Europas in ihren Autos schliefen, herrscht jetzt gähnende Leere.

Die Spielhallen sollten weg, das war angekündigt. Doch geändert hat sich nichts. Das Gesetz greift nicht. Achtzig Betreiber von Spielhallen legten Widerspruch gegen die Schließungen ein und das Hamburger Verwaltungsgericht hat in zwei Musterverfahren entschieden: Die Spielhallen dürfen bleiben. Das Alter der Etablissements sei kein ausreichendes Kriterium, um Betreibern das Geschäft zu verbieten, argumentierten die Richter.

So bleiben Hamburgs knapp 350 Spielhallen, die unzähligen Lokale mit Automaten und die Wettbüros die hier nicht mit eingerechnet sind (und die eh nicht von den Regulierungen betroffen wären) genauso wie die ca. 10.000 Spielsüchtigen. Etwas anderes hat geholfen: 2012/2013 sollte an der Möllner Landstraße ein riesiger Zockerpalast gebaut werden. Obwohl es bereits etliche gesetzliche Vorschriften gab, wurde die Baugenehmigung erteilt. Obwohl es darum Streitigkeiten gab, wurde mit dem Bau begonnen. Die Billstedter haben sich organisiert. Eine Stadtteilinitiative organisierte den Protest. Noch so ein Symbol der weiteren Verelendung breiter Schichten, das wollten sich die Leute nicht bieten

lassen. Letztlich wurde der Bau gestoppt, gerichtlich festgestellt, dass die Baugenehmigung rechtswidrig war, und der Spielhallen- und Wettbürokomplex wurde nicht gebaut.

Organisiert konnten unsere Interessen durchgesetzt werden, auch wenn verschiedene bürgerliche Parteien diesen Protest für sich vereinnahmten wollten. Doch im Allgemeinen ändert sich an der Situation nichts. Allein an der Billstedter Hauptstraße stehen immer noch in kürzestem Abstand rund ein Dutzend Spielhallen.

Ein Freund schrieb uns: „Ich komme aus dem Hamburger Osten. Ich wohne in Horn. Wenn ich hier durch mein Viertel gehe, sehe ich an den großen Straßen an jeder Ecke eine Spiello oder ein Wettbüro. Selbst beim Griechen um die Ecke steht ein Automat, wo ständig einer vor hockt. Für die Kollegen ist es normal, auf Fußballspiele zu wetten, denn erst der Schein macht das Spiel wirklich spannend. Ist das Zufall? Ich denke nicht. Dass sich Glücksspiel und die damit einhergehende Hoffnung auf ein bisschen mehr Wohlstand in Arbeitervierteln mehr lohnt als in Blankenese oder Eimsbüttel sollte klar auf der Hand liegen. Wozu soll denn der Bonze, der im Monat seine 3 - 4000 Euro netto hat, ein dickes Auto fährt, eine nette Frau und Kinder hat, in einem schönen Haus wohnt und sich nicht jeden Tag den Rücken krumm arbeiten muss, noch in ein Casino? Der hat doch alles. Der geht höchstens mal Esplanade spielen und da kostet das Outfit plus Essen und Trinken bestimmt mehr, als er da umsetzt.“

Trotzdem zeigt die erfolgreiche Aktion, dass man sich nicht alles bieten lassen muss. Die Spielhallen müssen weg, die Automaten und die Wettbüros auch und genauso die Möglichkeiten in vielen Kiosken oder Imbissen „Diamant“- oder „Platin“-Lose zu kaufen. Da geht täglich unser Geld verloren und landet in den Taschen von irgendwelchen Bonzen. Das kann und darf so nicht weitergehen. Dafür müssen wir uns organisieren, im Stadtteil und darüber hinaus.

Aber solche Symptombekämpfung allein reicht nicht aus. Die Ursachen dafür, dass Viele viel weniger haben als Wenige und sich danach sehnen ein wenig mehr zu haben, muss weg. Eine ganz andere Form von Gesellschaft muss her. Eine Gesellschaft, in der die freie Entfaltung eines Jeden die Bedingung für die freie Entfaltung Aller ist. Das ist der Kommunismus. Mit dieser Perspektive müssen wir unsere Kämpfe entfalten. •

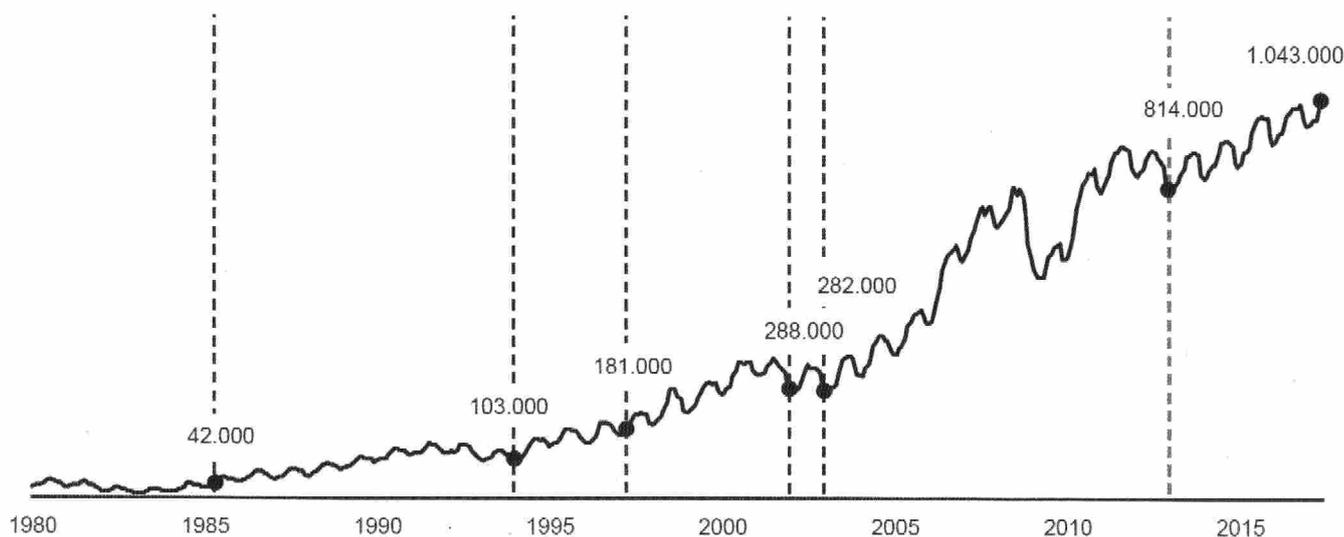
BREMEN: EIN HORT DER LEIHARBEIT

Das Bundesland Bremen ist seit einigen Jahren Spitzenreiter in Sachen Leiharbeit. Während der Anteil von Leiharbeit in der BRD im Durchschnitt etwa 2,7 Prozent der Beschäftigten beträgt, kommen Bremen und Bremerhaven gemeinsam auf mittlerweile etwa 4,7 Prozent. So leben allein im Land Bremen ungefähr 18.000 Arbeiter, die in der Leiharbeit sind und die Tendenz ist weiterhin steigend. Wichtig festzuhalten ist, dass Leiharbeiter für die gleiche Arbeit einen deutlich geringeren Lohn erhalten als Kollegen mit Festanstellung. Die meisten Beschäftigten in Leiharbeit gibt es im Bereich der Logistik und der Fertigung. Seit dem Inkrafttreten eines von der Regierung der BRD beschlossenen Gesetzes im April 2017, sollen die Regeln für Leiharbeit verschärft worden sein. Demzufolge müssen Unternehmen ihre Leiharbeiter nach 18 Monaten Beschäftigung übernehmen. Zusätzlich dazu muss die Leiharbeitsfirma den als Leiharbeiter Beschäftigten nach neun Monaten im gleichen Betrieb den selben Lohn wie auch den festangestellten Arbeitern zahlen.

Allerdings werden Leiharbeiter in der Praxis nur für einen wesentlich kürzeren Zeitraum in einem Betrieb beschäftigt. So sind beispielsweise, im zweiten Halbjahr des Jahres 2015, ganze 54 Prozent der Leiharbeiter nach einer Beschäftigungsdauer von drei Monaten oder weniger wieder entlassen worden. So ist es so gut wie unmöglich für einen Leiharbeiter, einen höheren Lohn oder gar eine Festanstellung zu bekommen. Für die Leiharbeitsfirmen hingegen stellt es keinerlei Problem dar, diese Gesetze zu umgehen,

um weiterhin niedrige Löhne zahlen können. Eher ist der Leiharbeiter, nach der kurzen Beschäftigung im Betrieb, schnell wieder gefeuert, damit arbeitslos und muss sich meist erneut auf die Suche nach einem Job machen. Durch den niedrigen Lohn bleibt auch das Arbeitslosengeld niedrig, was den Druck erhöht, schnell wieder eine neue Stelle zu finden, was in der Regel auch wieder Leiharbeit ist. Dieser Kreislauf wiederholt sich bei Leiharbeitern immer häufiger und häufiger.

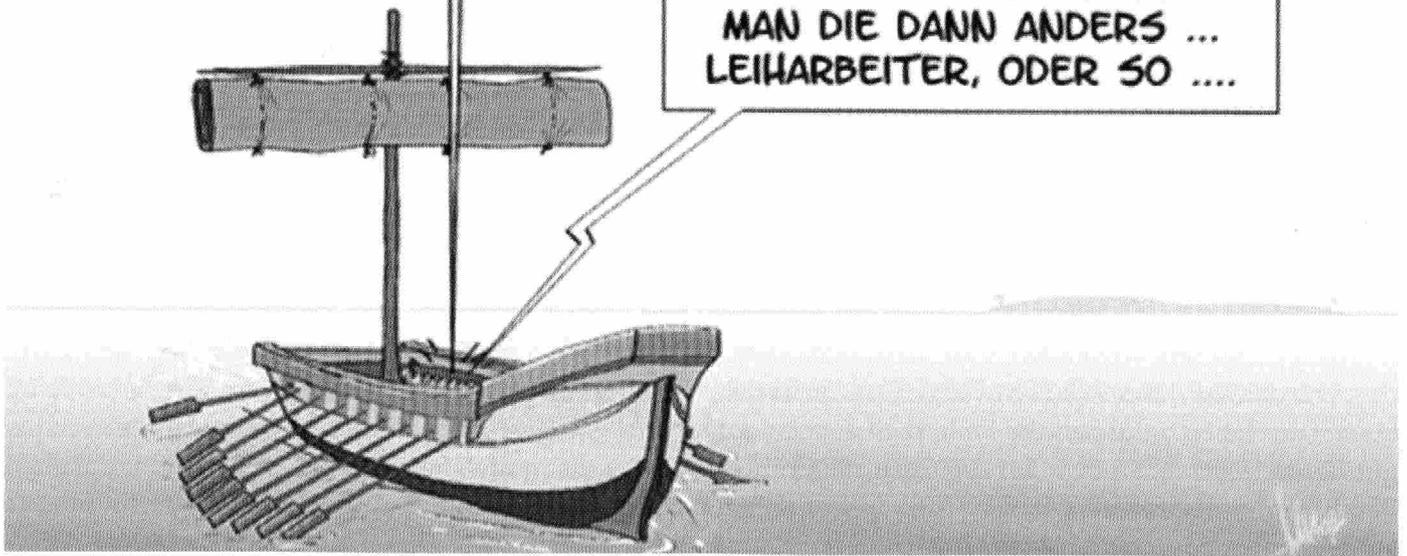
Zusätzlich zum Feuern von Leuten gibt es eine andere Sache, die Leihfirmen sehr gut können und das ist kassieren. An einem sehr simplen Rechenbeispiel lässt sich klarmachen was für eine unverhohlene Ausbeutung von den Leiharbeitsfirmen betrieben wird. In der Regel verdient ein Leiharbeiter 9,23 Euro pro Stunde bei Beschäftigungsbeginn, heißt bei einer 40 Stundenwoche ein Bruttolohn von etwa 1500 Euro im Monat. Die Leiharbeitsfirma bekommt für den „verliehenen“ Arbeiter in der Regel 35 Euro pro Stunde. Für einen Monat, bei 40 Stunden pro Monat, ist das für die Leiharbeitsfirma ein Umsatz von 5600 Euro. Nun muss die Leiharbeitsfirma natürlich den Lohn des Leiharbeiters bezahlen. Mit Lohnnebenkosten (also Versicherung usw.) sind das für die Leiharbeitsfirma Kosten von etwa 2000 Euro bei dem genannten Beispiel. Also macht eine Leiharbeitsfirma pro Leiharbeiter etwa 2600 Euro Gewinn. 2600 Euro verdient dafür, dass ein Sesselfurzer ein paar Emails geschrieben hat. Und dann beschäftigt eine Leiharbeitsfirma natürlich



Entwicklung der Anzahl von Leiharbeitern

OB IRGENDWANN SKLAVEN
VERBOTEN WERDEN ?

IM LEBEN NICHT!
NICHT MAL IN 2000 JAHREN!
ABER VIELLEICHT NENNT
MAN DIE DANN ANDERS ...
LEIHARBEITER, ODER SO



mehrere Leiharbeiter. Wie viel Gewinn so eine Firma im Monat macht, kann man sich dann sehr einfach grob ausrechnen,

Abgesehen von dem Austricksen der Gesetze, ist auch festzuhalten, dass sich die Leiharbeitsfirmen oft vieler schmutziger Tricks abseits des juristischen bedienen. So rühmen sich Leiharbeitsfirmen oft damit, dass gerade sie Migranten und Flüchtlingen einen guten Einstieg in das deutsche Berufsleben ermöglichen. Und tatsächlich belegt eine Studie des Instituts für Arbeitsmarktforschung, dass der Ausländeranteil in der Leiharbeitsbranche ganze 25 Prozent beträgt, während dieser in allen anderen Beschäftigungsfeldern bei gerade mal 10 Prozent liegt. Wie genau der Arbeitsalltag, der von den ach so großzügigen Leiharbeitsfirmen geschaffen wird aussieht, davon ist im öffentlichen Auftreten der Leiharbeitsbranche nichts zu sehen. So braucht es einen nicht zu wundern, dass die Kollegen in den Leiharbeitsfirmen oftmals in völliger Unkenntnis ihrer ohnehin schon maue Rechte gelassen werden, was zum Beispiel Arbeits- und Erholungszeiten angeht oder welche Zuschläge bei Anreisekosten usw. ihnen von Seiten der Leiharbeitsfirma zustehen würden.

Auch in Sachen Überstunden haben sich die Zeitarbeitsfirmen etwas einfallen lassen, um auch an dieser Stelle die Leiharbeiter besser übers Ohr hauen zu können. Die Rede ist hier natürlich von den sogenannten Zeitkonten. Bevor nämlich irgendwelche Überstunden ausbezahlt werden, müssen erst mal, je nach Firma, zwischen 100 und 200 Überstunden auf das sogenannte Zeitkonto gutgeschrieben werden. Das bedeutet, dass ein Arbeiter quasi einen ganzen Monat umsonst arbeiten muss, bevor er am Ende des Monats irgendwas von den Überstunden auf seiner Gehaltsabrechnung sieht. Zwar werden diese Überstunden ausbezahlt, wenn der Leiharbeiter die Firma verlässt (und auch hier tricksen die Leiharbeitsfirmen gerne herum und lassen die ein oder andere Stunde mit verschiedenen Tricks verschwinden) aber in der Situation bedeutet es für den Arbeiter, dass er zwar mehr arbeitet, aber dafür immer noch genau das selbe mickrige Gehalt bekommt. So haben viele eine 35 Stunden Woche im Vertrag stehen, arbeiten aber 40 Stunden, also pro Woche fünf Stunden sozusagen umsonst. So ist es keine Seltenheit, dass ein Leiharbeiter in einem Monat jeden Tag 10 bis 12 Stunden arbeitet und am Ende aber nur die im Vertrag festgeschriebenen 140 Stunden für den Monat ausgezahlt bekommt.

BREMEN

Als Leiharbeiter leistet man in der Regel auch jede Menge unbezahlte Arbeit, z. B. wenn man sich mal wieder Ersatz für die viel zu schlechte Arbeitskleidung holen muss. Die soll man natürlich außerhalb der Arbeitszeiten erledigen und so ist man nach Feierabend oder vor Arbeitsbeginn (je nach Schicht) noch mal locker zwei Stunden oder mehr unterwegs für die Firma – natürlich unbezahlt.

„Leiharbeit ist Sklaventreiberei“, das weiß jeder normale Arbeiter, egal, ob er selber schon einmal als Leiharbeiter beschäftigt war, oder nicht. An dieser Stelle könnten wir vermutlich ein ganzes Buch von Fällen, in denen die Leiharbeitsfirmen gezeigt haben, was für blutsaugende Parasiten sie sind, zusammenstellen. Von Fällen, in denen die Leiharbeitsfirmen dazu gedrängt haben, statt sich krank zu melden, Urlaub zu nehmen. Von Fällen, in denen Leute gekündigt wurden, weil ihre Frau schwanger geworden ist, bis hin zu Fällen, in denen die Leiharbeitsfirmen auf gut deutsch gesagt einfach auf die Gesundheit ihrer Beschäftigten geschissen haben. Zumindest einen solchen Fall, der einem unserer Leser passiert ist, der sich danach an uns gewandt hat, wollen wir hier mal ausführen.

Zugetragen hat sich der Vorfall in einem Betrieb für Müllentsorgung in Delmenhorst. In diesem Betrieb gibt es, neben einer handvoll Festangestellter (nach Einschätzungen von Kollegen ca. 30 Stück in allen drei Schichten, abzüglich der Büroangestellten),

eine unüberschaubare Anzahl an Leiharbeitern, die entweder direkt aus Polen sind oder von diversen Bremer Leiharbeitsfirmen kommen und oft nur wenige Tage bis Wochen dort beschäftigt sind.

Die Situation die wir hier beschreiben wollen, hat sich im Sommer 2017 zugetragen, es waren ca. 25 Grad im Schatten und der Kollege hatte die Aufgabe hinten auf einem Müllwagen mitzufahren und gelbe Säcke einzusammeln. Als der Kollege um 6 Uhr morgens in den Lkw einstieg, sagte der Fahrer schon, dass heute ein langer Tag werden würde und man wohl nicht damit rechnen könne, vor 21 Uhr wieder auf dem Hof zu sein. Der Kollege ist dann also losgefahren und hat damit angefangen, die Müllsäcke einzusammeln. Für diejenigen, die nicht wissen was das bedeutet: Das heißt, dass man quasi permanent im Laufschrift von einem Müllsack zum nächsten rennt und nur alle fünf Minuten für ca. zwei Minuten steht, während man schon nach der ersten Stunde von den Füßen bis in die Haarspitzen mit Abfallflüssigkeiten aus den Müllsäcken bedeckt ist. Gegen 15 Uhr merkte der Kollege, dass ihm in der prallen Mittagssonne etwas schwindelig wurde. Daraufhin fragte er den Fahrer, ob sie wohl eine Pause machen könnten. Der Fahrer antwortete darauf, dass das nicht geht, da sie sonst noch später zu Hause wären und bot dem Kollegen dafür eine Flasche Wasser an. Gegen 16 Uhr war der Kollege an seiner Erschöpfungsgrenze, nach immerhin 10 Stunden körperlicher Dauerbelastung. Nun erkannte auch der Fahrer, dass jetzt nichts mehr zu machen sei und holte den Kollegen ins Fahrerhaus, daraufhin gab der Fahrer zu, dass so etwas wohl öfter passieren würde und er zu seinem Chef auch gesagt hätte, dieser solle doch zwei Leiharbeiter bestellen die hinten auf dem Lkw stehen, dieser dann aber meinte, dass dies zu teuer wäre und er lieber warten solle bis der Erste schlapp macht.

Dieses Beispiel zeigt deutlich, wie die Leiharbeiter in Deutschland ausgebeutet und ausgenutzt werden. Und wer denkt, dass es sich bei solchen Geschichten um Einzelfälle handelt, dem sei geraten, mal im Internet nach Zeit- bzw. Leiharbeitererfahrungen zu suchen, denn hier zeigt sich ganz deutlich, wie die Leiharbeiter systematisch benutzt, betrogen und ausgebeutet werden. Wenn ihr selber vielleicht ähnliche Erfahrungen mit Leiharbeit gemacht habt, dann könnt ihr diese auch gerne mit uns teilen, wenn ihr sie an rotepost@gmx.de schickt. •



MISS PAWLITSCHENKO

Vor knapp drei Jahren, im Jahr 2015, erschien der Film „Battle for Sevastopol“ (Deutscher Titel: Red Sniper). Der Film porträtiert eine große Heldin des Kampfes gegen den deutschen Faschismus, die 1916 in der späteren Ukraine geborene Ljudmila Michailowna Pawlitschenko (gespielt von Julija Sergejewna Peressild).

Ljudmila Pawlitschenko wird schon mit 14 Jahren Teil eines Schützenvereins und zeigt große Begabung im Schießen. Mit 16 Jahren heiratet sie Alexei Pawlitschenko und bekommt ihr erstes Kind. Sie schreibt sich 1937 an der Universität in Kiew ein und beginnt ein Geschichtsstudium. Am 22. Juni 1941 überfällt die Wehrmacht die Sowjetunion. Pawlitschenko zögert keine Sekunde und ist eine der ersten, die sich freiwillig für den Einsatz an der Front meldet. Sie setzt sich gegen diejenigen mit konservativen Haltungen innerhalb der Roten Armee durch, welche sie als Krankenschwester einsetzen wollen, und wird eine von 2000 weiblichen Scharfschützen innerhalb der Roten Armee. Aufgrund ihres überragenden Könnens wird sie im Laufe des Krieges erst zum Unteroffizier und schließlich zum Leutnant befördert. Die Angst der deutschen Soldaten geht so weit, dass diese Flugblätter verteilen um vor ihr

zu warnen, versuchen, sie zu bestechen damit sie ihr Land verrät und immer wieder behaupten sie wäre gefallen um die Moral der Wehrmachtssoldaten zu heben. Drei Mal wird sie verletzt aber kehrt immer wieder in den Einsatz zurück. Im Jahr 1942 wird sie durch Mörserschrapnelle schwer verletzt und bekommt Zwangsurlaub. Nach ihrer Genesung setzt sie ihren Einsatz an der Front fort. Zum Ende ihres Einsatzes hat sie 309 bestätigte Abschüsse, darunter 36 Scharfschützen der Wehrmacht und gehört damit zu den tödlichsten Scharfschützen der Welt.

Aufgrund ihrer Popularität wird sie ausgewählt in den USA, Kanada und Großbritannien für Unterstützung im Kampf gegen den Faschismus zu werben. Sie spricht vor Arbeitern, Gewerkschaftern und Studenten und gewinnt ihre Unterstützung. Schließlich sagt sie bei einer Presseversammlung in Chicago: *„Meine Herren, ich bin 25 Jahre alt und habe bisher 309 faschistische Invasoren getötet. Glauben Sie nicht, meine Herren, dass sie sich schon zu lange hinter meinem Rücken verstecken?“* Ihre Reden leisten einen großen Beitrag dazu, den Druck der Massen in den Vereinigten Staaten zu erhöhen, bis dieser nicht mehr zu ignorieren war und die zweite Front gegen den deutschen Faschismus



Titelbild des Films „Red Sniper“

KULTUR

eröffnet werden musste. Der Präsident Franklin D. Roosevelt sieht sich genötigt Truppen nach Europa zu schicken. Natürlich nicht ohne eigene imperialistische Interessen am Ausgang des Krieges zu haben. So galt Hitler den Herrschenden lange als guter Partner im Kampf gegen den Kommunismus.

Im Jahr 1943 erhält Pawlitschenko, mittlerweile zum Major aufgestiegen, die Auszeichnung „Held der Sowjetunion“. Sie nimmt nicht mehr direkt am Kampf teil, sondern beginnt mit der Ausbildung von Scharfschützen für die Rote Armee und setzt diese Arbeit bis zum Ende des Krieges fort. Nach dem Sieg der Roten Armee arbeitet sie als Historikerin und stirbt schließlich am 10. Oktober 1974 im Alter von 58 Jahren.

Der Film bleibt im großen und ganzen historisch genau. Pawlitschenko wird stellenweise wörtlich zitiert und positiv dargestellt. Einzelne Aspekte wurden der Dramaturgie wegen hinzugedichtet wie bspw. eine traumatische Situation während der Schlacht um Odessa und Teile der gut inszenierten Liebesgeschichte. Manche Änderungen fallen nicht so sehr ins Gewicht, so war ihr Vater in Wirklichkeit ein Fabrikarbeiter und kein Offizier des Innenministeriums. Andere sind problematischer,

so wird Eleanor Roosevelt – die Amerikanische First Lady – als eine Art Mentorin Pawlitschenkos dargestellt, was nicht der Realität entspricht. Es wird verschwiegen, dass sie bereits vor dem Krieg einen Sohn bekam was ihren Einsatz und ihre Bereitschaft um so beeindruckender macht. Und es wird sich hauptsächlich auf ihre Person fixiert statt auf die Massen, welche den Faschismus bezwangen. So war der Sieg im Kampf gegen die Wehrmacht kein Erfolg einzelner Helden sondern das Ergebnis der großartigen Massenmobilisierung durch die Kommunistische Partei der Sowjetunion. Der Sieg war ein Ergebnis der großen Entschlossenheit der sowjetischen Volksmassen und der engen Verbindung mit den Partisanen welche in ganz Europa erbitterten Widerstand gegen die Faschisten leisteten.

Zudem wird es so dargestellt als leide Pawlitschenko darunter von den Amerikanern nicht „als Frau wahrgenommen“ zu werden. In Wirklichkeit regte sie sich über die absurden Fragen der amerikanischen Reporter auf, welche sich nicht vorstellen konnten, dass eine Frau den Mut hat zu kämpfen und auch noch besser darin ist als die meisten Männer. So zentrierten sie auf ihr „Frau-sein“ und nicht auf ihre Rolle als Soldatin der Sowjetunion. Im Jahre



Pawlitschenko an der Front 1943 (links im Bild)



1942 thematisiert sie dies in einem Interview: „Ein Reporter kritisierte sogar die Länge des Kleides meiner Uniform und sagte, dass Frauen in Amerika kürzere Röcke tragen würden und außerdem würde mich meine Uniform fett aussehen lassen.“ An anderer Stelle fragte ein Reporter sie, ob es für Soldatinnen der Roten Armee verboten sei Make-Up zu tragen, sie gab darauf die trockene und korrekte Antwort: „Es gibt keine Regel die das verbietet, aber wer hat Zeit sich Gedanken über eine glänzende Nase zu machen wenn das Gefecht im Gange ist?“

Red Sniper

Dauer: 122 min

Regie: Sergej Mokritskiy

Veröffentlichung: 2. April 2015

Produktion: Russland / Ukraine

Auch die unglaublichen Erfolge in der Frage der Befreiung der Frau, welche die Oktoberrevolution und der Aufbau des Sozialismus in der Sowjetunion hervorgebracht haben, thematisierte sie:

„Jetzt werde ich als eine kleine Kuriosität angesehen, ein Thema für Titelseiten und Anekdoten. In der Sowjetunion werde ich als Bürgerin, als Kämpferin, als Soldatin für mein Land gesehen.“

Und weiter führte sie aus: „Unsere Frauen standen auf der Basis von kompletter Gleichberechtigung lange vor dem Krieg. Vom ersten Tag der Revolution an wurden den Frauen in Sowjetrußland volle Rechte garantiert. Eine der wichtigsten Dinge ist, dass jede Frau ihre eigene

Spezialisierung hat. Das macht sie wirklich unabhängig von Männern. Sowjetische Frauen haben eine große Selbstachtung weil ihre Würde als menschliche Wesen vollständig anerkannt wird. Egal was wir tun, wir werden nicht nur als Frauen geehrt sondern als individuelle Persönlichkeiten, als menschliche Wesen. Das ist ein großes Wort. Weil wir das vollständig sein können, fühlen wir keine Begrenzungen aufgrund unseres Geschlechts. Das ist der Grund, warum die Frauen so selbstverständlich ihren Platz neben den Männern in diesem Krieg eingenommen haben.“

Ljudmila Michailowna Pawlitschenko und die hunderttausenden sowjetischen Frauen, die Seite an Seite die deutschen Faschisten bekämpft und bezwungen haben, sind einer von vielen praktischen Beweisen gegen die Pseudotheorie der minderwertigen weiblichen Natur, welche davon ausgeht, dass Frauen aufgrund ihrer Natur angeblich schwächer, dümmer usw. wären. Sie zeigen cindeutig, dass Frauen nicht unpolitisch und passiv sind, sondern revolutionäre Kämpferinnen, die den Feind vernichten können. Durch ihren entschlossenen Einsatz im Kampf gegen die deutschen Faschisten wurde sie zum leuchtenden Vorbild für Millionen Menschen auf der ganzen Welt, besonders für die Frauen. Im Jahr 1943 schrieb der amerikanische Folk-

Musiker Woody Guthrie ihr zu ehren das Lied „Miss Pavlichenko“ und auch heute ist ihr Einsatz sowohl Inspiration im Kampf, als auch Ansporn und Anforderung an die proletarischen Revolutionäre. Der Film „Red Sniper“ hat seine

Begrenzungen, die wir hier ausgeführt haben aber er ist in der Hauptsache ein fortschrittlicher Film, der ihr gerecht wird. Er zeigt ihren Mut, ihren Tatendrang und ihren Willen den Sieg zu erringen, egal wie groß die Gefahren auch sein mögen. •

Am 05.05, um 19:00 Uhr, wird der Film „Red Sniper“ im Sielwallhaus in Bremen gezeigt.
(Sielwall 38, 28203 Bremen)

DIE BUNDESTAGSWAHL 2017

Die Bundestagswahl liegt inzwischen einige Zeit zurück, doch ihr Echo hallt in der BRD noch immer nach. Im Vergleich zur vorherigen Wahl 2013, lag die Wahlbeteiligung zuletzt 4,1 Prozent höher und stieg damit auf 76,2 Prozent. Damit ist es der Bourgeoisie seit langem mal wieder gelungen, die Wahlbeteiligung kurzfristig zu erhöhen und die angebliche Legitimation ihrer Diktatur zu stärken. Trotzdem haben die Wahlen ein weiteres mal bestätigt, dass es grade die ärmsten und breitesten Teile der Massen sind, die keine Illusionen mehr in die Wahlen der Bourgeoisie haben. Mit 23,8 Prozent waren die Nichtwähler erneut zweitstärkste Kraft, verglichen mit den bürgerlichen Parteien.

Konkret lässt sich dies am Beispiel des Bundeslandes Bremen zeigen. Es hatte – als das Bundesland mit der höchsten Armutsquote – bei der diesjährigen Bundestagswahl die niedrigste Wahlbeteiligung in einem westdeutschen Bundesland, die zweitniedrigste in der BRD insgesamt. In den kleinbürgerlichen Stadtteilen in Bremen lag die Wahlbeteiligung vergleichsweise hoch (Ostertor: 81,3%; Neustadt: 81%). In den bürgerlichen Stadtteilen ging sie auf 90 Prozent zu (Schwachhausen: 87 %; Habenhausen: 84,8%). Dem gegenüber steht die Wahlbeteiligung in den proletarischen Stadtteilen in der Regel bei knapp über 50 Prozent (Tenever: 52%; Gröpelingen: 54,1%).

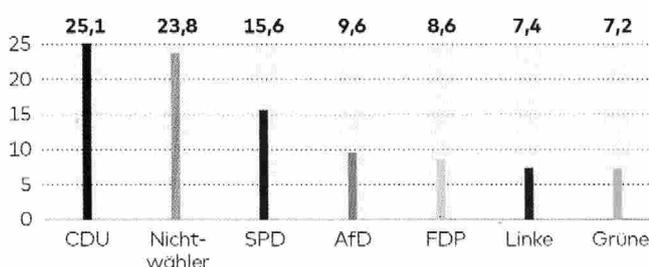
Dass der Wahlboykott die korrekte Antwort auf den Wahlzirkus der Bourgeoisie ist, hat sich in der Praxis vollständig bestätigt. In den proletarischen Vierteln war die Haltung vor den Wahlen sehr eindeutig die, dass Wahlen nichts ändern und die Politiker uns „sowieso nur verarschen“. Das ist die Haltung der Massen und wir sollten ihnen nichts erzählen, was sie eh schon wissen: Dass die Wahlen nichts ändern. Wir müssen weiter gehen. Wir müssen klarstellen, dass wir einig sind in der Ablehnung

des Parlamentarismus, diese Gedanken müssen wir systematisieren und zurück in die Massen tragen. Aber in der Hauptsache müssen wir voranschreiten und erklären wie man die Welt tatsächlich verändert: Mit der revolutionären Gewalt, unter der Führung der Kommunistischen Partei, für die Eroberung der Macht durch das Proletariat.

Die nach der Wahl gestarteten Koalitionsverhandlungen zwischen CDU/CSU, Grünen und FDP waren der Versuch die politischen Parteien der Kleinbourgeoisie (Grüne) und des sogenannten deutschen Mittelstandes (FDP) in eine Regierung der BRD zu inkorporieren. Ein Versuch der offensichtlich gescheitert ist, aber die Übernahme faschistischer Forderungen und Positionen durch die großen bürgerlichen Parteien im Allgemeinen weit voran getrieben hat.

Die Alternative die danach in den Vordergrund gestellt wurde – Neuwahlen – war für den deutschen Imperialismus nicht haltbar. So ein Prozess würde angeblich seine Stellung in der Europäischen Union schwächen, eine nicht handlungsfähige Regierung könnte die Agenda des deutschen Imperialismus auf dem Weg zur Supermacht nicht durchsetzen und so wie sich die imperialistische Konkurrenz besonders zum US-Imperialismus zur Zeit entwickelt wäre die Schwächung immens.

Darum wurde alles daran gesetzt die sogenannte große Koalition mit der SPD wieder neu aufzulegen. Diese Koalition mit der Inkorporation der Sozialdemokratie, das heißt der ganzen Arbeiteraristokratie und dem gigantischen Apparat der gelben Gewerkschaften, steht für eine relativ stabile Verwaltung des bürgerlichen Staates BRD. Trotz anfänglicher eindeutiger Aussagen der SPD, nicht Teil der Regierung sein zu wollen, zeigte sich doch, dass die bürgerlichen Parteien am Ende ihre individuellen Interessen zurückstellen, um zu versuchen eine stabile Regierung zu bilden. Die Frage der Stabilität ist für die deutsche imperialistische Bourgeoisie die wichtigste Frage. Die Äußerungen Merkels unterstreichen das: „Die Bildung einer stabilen Regierung ist aus meiner Sicht ein Wert an sich für ein Land.“



In der momentanen Situation zeigt sich in der Hauptsache die allgemeine Krise des deutschen Imperialismus, denn die Unfähigkeit eine funktionsfähige Regierung zu bilden ist auch Ausdruck der Widersprüche innerhalb der herrschenden Klasse. So sprach der Bundespräsident in einer Rede von „*einer Situation, die es in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, also seit immerhin 70 Jahren, noch nicht gegeben hat*“. Die parlamentarischen Vertreter der imperialistischen Großbourgeoisie sind nicht einmal in der Lage eine funktionierende Regierung zu bilden. Noch nie hat es in der Geschichte der BRD so lange nach einer Bundestagswahl gedauert bis eine neue Regierung gebildet und vereidigt war. Dies ist ein Ausdruck der Krise des Parlamentarismus in der BRD.

Warum ist der Parlamentarismus in einer Krise? Hauptsächlich weil der Parlamentarismus, die bürgerliche Demokratie, nicht ohne die Teilnahme der Massen funktioniert, doch Massen machen das nicht so wie die deutsche Großbourgeoisie sich das wünscht. Die Wahlbeteiligung – auch wenn sie dieses Mal leicht gestiegen ist – ist ein Ausdruck dafür, dass Teile der Massen nicht mehr das Spiel des Parlamentarismus mitspielen. Auch wird nicht so gewählt wie sich die imperialistische Großbourgeoisie sich das wünscht, das heißt, dass nicht ausreichend die Parteien gewählt werden, die in der Lage sind eine stabile und andauernde Regierung zu bilden. Doch die Bourgeoisie ist bestrebt den Parlamentarismus, d.h. die bürgerliche Demokratie aufrecht zu erhalten, da sie die beste Form der Diktatur der Bourgeoisie ist, wie schon Lenin feststellte:

Die Allmacht des „Reichtums“ ist in der demokratischen Republik deshalb sicherer, weil sie nicht von einzelnen Mängeln des politischen Mechanismus, von einer schlechten politischen Hülle des Kapitalismus abhängig ist. Die demokratische Republik ist die denkbar beste politische Hülle des Kapitalismus, und daher begründet das Kapital, nachdem es [...] von dieser besten Hülle Besitz ergriffen hat, seine Macht derart zuverlässig, derart sicher, daß kein Wechsel, weder der Personen noch der Institutionen noch der Parteien der bürgerlich-demokratischen Republik, diese Macht erschüttern kann.

Man könnte an dieser Stelle erwidern, dass es doch gerade der „Sinn und Zweck“ der bürgerlichen Demokratie sei mit den tatsächlichen

Wahlergebnissen eine Regierung zu bilden. Warum also bestehen die bürgerlichen Parteien so auf die großen Koalition? Was ist das Problem damit eine Minderheitsregierung zu bilden? Die ist in Europa doch inzwischen fast Normalzustand. Warum also ist das keine Lösung für die deutsche imperialistische Großbourgeoisie? Vor allem weil sie eine absolute Mehrheit in der Regierung braucht, um Stabilität zu haben. Was sie braucht ist Planbarkeit, vor allem im Haushalt. Die alte Bundesregierung hat zusammen mit dem Haushaltsplan für 2017 auch einen Finanzplan vorgelegt, der die Orientierung des Bundeshaushalts bis 2020 im Voraus plant. Dieser lässt sich aber nur mit einer stabilen Mehrheitsregierung (am besten mit jenen die ihn zuvor beschlossen haben) konsequent umsetzen. Im Falle einer Minderheitsregierung wäre jede Vorlage eines Haushaltsplans wie ein Koalitionsvertrag, für den mit bestimmten Parteien Deals gemacht werden müssen, um ihn beschließen zu können. Das erlaubt keine Planbarkeit und die Bourgeoisie hat schon genug Probleme damit, dass sie die Anarchie der Produktion nicht kontrollieren kann, das heißt die allgemeine Krisenhaftigkeit des Kapitalismus, heute in seinem imperialistischen Stadium.

Dazu kommt, dass eine jede solche Diskussion natürlich auch einen Widerhall in der Öffentlichkeit hätte. Dies würde dazu führen, dass die Massen mehr und mehr politisiert werden würden und dass das Theater der parlamentarischen Demokratie immer weiter entlarvt werden würde. Durch Schlagzeilen, Diskussion und Kampf würden die Massen immer bewusster werden und das ist eben etwas was die imperialistische Großbourgeoisie nicht will und was den Zweck der bürgerlichen Demokratie negiert: Stimme abgeben und dann schweigen. Darum ist das Verlangen der bürgerlichen Parteien nach einer Neuaufgabe der großen Koalition so groß. Die imperialistische Großbourgeoisie steht vor Problemen wie noch nie zuvor, das ganze System funktioniert nicht mehr wie es all die letzten Jahrzehnte funktioniert hat, doch da der Imperialismus faulender Kapitalismus und ein untergehendes System ist, findet sie keine neuen Lösungen, sondern klammert sich an alte. So werden für ein bisschen Stabilität die Standpunkte der bürgerlichen Demokratie zu Boden geworfen und darauf herum getrampelt. All dies ist Ausdruck der revolutionären Situation in ungleicher Entwicklung, auch in diesem Land. •

KOMMUNISTENPROZESS GEGEN TÜRKISCHE REVOLUTIONÄRE

Nach neun Jahren Schnüffel- und Wühlarbeit, dem Verwanzen von Autos und Abhören von Privatwohnungen, schlägt das BKA am 15. April 2015 zu: In einer international koordinierten Aktion werden in Griechenland, Frankreich, der Schweiz und Deutschland zehn Menschen gefangen genommen. Was folgt (und bis heute andauert) ist der größte „Terrorprozess“ in Deutschland seit Mitte der 90er Jahre.

Wer jetzt denkt: Klar, es muss um den IS, die PKK oder organisierte Kriminalität gehen, liegt jedoch daneben. Ziel der Aktion waren zehn Aktivisten aus den Reihen der „Konföderation der ArbeiterInnen aus der Türkei in Europa“, oder kurz „ATIK“. Ihnen allen wird vorgeworfen, von Deutschland aus bewaffnete Aktionen in der Türkei organisiert zu haben. Deshalb wird ihnen von der deutschen Justiz der Prozess nach dem sogenannten „anti-terror“ Paragraph 129 gemacht, der die Unterstützung im Ausland kämpfender und international als „terroristisch“ eingestufte Organisationen unter schwere Strafe stellt.

Doch das Bild, was die deutschen Medien auch so gerne von „Terroristen“ malen – vollkommen isoliert, Sprenggürtel und AK immer zur Hand – trifft nicht so wirklich auf die zehn Festgenommenen zu: Der eine ist hier, seitdem er seine Ausbildung zum Schlosser in Deutschland gemacht hat. Ein anderer ist mehrfacher Familienvater, der nach schwerer Folter Asyl in der Schweiz bekommen hat. Wieder eine Andere ist Fachärztin für psychosomatische Medizin und Psychotherapie im Nord-Klinikum Nürnberg. Bei keinen von ihnen, und auch nicht während der Razzien gegen Vereinslokale der ATIK, wurde irgendetwas gefunden, was man als Waffe hätte interpretieren können. Um so lächerlicher

ist der Versuch der Bullen, mit ihrem vollkommen überzogenen Einsatzaufgebot von Spezialeinheiten, Sonderfahrzeugen und sonstigem Spielzeug einen Eindruck zu erwecken, man würde Leute festnehmen, die blind zu Waffe greifen.

Und doch wurde am 19. Juni 2016 der Prozess gegen die zehn Aktivisten begonnen. Über ein Jahr hat sich die Justiz Zeit gelassen, den Prozess zu eröffnen. Für die Angeklagten heißt das in der Zwischenzeit natürlich Knast: „Viel zu gefährlich“, „Verschleierungsgefahr“, „Möglichkeit unterzutau-chen“, etc. Entsprechend auch der Verfahrensaufakt, bei dem Sonderkommandos die Münchener Innenstadt rund um das Oberlandesgericht „sicherten“. Die von Bullen und Justiz durchgeführte Show dient dabei allein dazu, die Inhaftierten bereits im Vorfeld des Verfahrens medienwirksam abzustempeln.

In 3000 Seiten Anklageschrift versucht die Staatsanwaltschaft zu belegen, dass die Angeklagten Mitglieder und „Rädelsführer“ des sogenannten Auslandskomitees der TKP/ML seien. Die Türkische Kommunistische Partei/Marxisten-Leninisten ist eine 1972 gegründete, maoistische Kommunistische Partei, die in der Türkei den Volkskrieg führt. Sie mobilisiert, organisiert und bewaffnet die Arbeiter und Bauern, damit sie gegen ihre Ausbeutung und Unterdrückung kämpfen können, was natürlich auch bewaffnete Aktionen beinhaltet.

Dennoch ist sie weder in Deutschland noch in anderen EU Staaten verboten oder befindet sich auf irgendeiner nationalen und internationalen Terrorliste. Und während in der Türkei jede Form von Oppositionellen – seien es streikende Arbeiter, fortschrittliche Bands oder Intellektuelle die ihren Mund aufmachen – abgeknallt, inhaftiert und gefoltert werden, versuchen die Richter in der BRD den Kampf dagegen als „Terror“ dazustellen. Dabei ist die Arbeit von ATIK keineswegs illegal oder geheim. Jeder kann zu den Versammlungen gehen und an den Diskussionen teilnehmen, die Termine stehen im Internet.

Entsprechend dünn sind die Anschuldigungen untermauert, die die Staatsanwaltschaft vorlegt. Für



fünf der zehn Angeklagten musste die U-Haft bereits aufgehoben werden. Zuletzt wurden im Februar vier Genossen aus der U-Haft entlassen, da eine längere Inhaftierung dort nicht mehr „verhältnismäßig“ sei. Trotzdem saßen die Vier ohne Verurteilung knapp drei Jahre im Knast – und fünf weitere tun dies immer noch. Doch der Hauptgrund, warum die GenossInnen jetzt freigelassenen werden mussten, war die seit Jahren anhaltende massive Solidarität, mit der die verhafteten AktivistInnen unterstützt wurden. Vom ersten Tag der Festnahmen an organisierten Arbeiter Aktionen in ihren Fabriken, wurden Graffiti gemalt, Demos abgehalten und Erklärungen verfasst. Es wurde aufgerufen, den Angeklagten Post zu schreiben und den Gerichtsprozess vor Ort zu verfolgen. Es gab keinen Prozesstermin ohne begleitende Kundgebung. Nicht nur in der Türkei, in Deutschland und im Rest Europas kam es zu Solidaritätsbekundungen, auch in Ländern wie etwa Indien, Ecuador oder Brasilien beteiligten sich fortschrittliche Kräfte an Aktionen.

Als drei der aus der U-Haft Entlassenen Anfang März über ihre Erfahrungen im Knast sprachen, war es das, was sie am meisten berührte. Die zahlreichen Briefe, Postkarten und Solidaritätsbekundungen, die es überall gab und die den Versuch der Bullen, die Revolutionäre als Terroristen dazustellen, zerschlug. Am Anfang, so sagten die Genossen, seien sie von Mithäftlingen wie Aussätzige behandelt worden und die Beamten im Knast hätten kein Wort zu Ihnen gesagt. Am Ende jedoch hätte sich das Blatt vollständig gewendet. Mitinhaftierte im Knast sind auf sie zugekommen und haben gesagt: *„Wenn ich draußen bin, dann komm ich auch zu euch!“* erzählte eine Genossin unlängst. Und selbst die Beamten im Knast haben ihr gesagt: *„Wieso sitzen Sie eigentlich hier, Frau Büyükcavci? Sie können doch gar keine Terroristin sein, da gehen tausende Leute für Sie auf die Straße!“*

Wir aber sind keine deutschen Beamten im Knast. Wir verstehen sehr wohl, warum die Genossen hinter Gitter gebracht und, laut der Prognosen der Verteidiger, auch verurteilt werden. Es hat weniger damit zu tun, ob sie diese oder jene Funktion in einer bewaffnet kämpfenden Kommunistischen Partei inne hatten, und mehr damit, dass alle zehn Genossen Revolutionäre sind, die für die grundsätzliche Änderung der bestehenden Verhältnisse kämpfen. Ein inhaftierter Genosse sagte hierzu:

„Die Interessen der herrschenden Klassen sind niemals

mit den Interessen der unterdrückten Völker zu vereinbaren. Aber die herrschenden Klassen bedienen sich bei jeder Gelegenheit der Lüge, dass die Gesetze dem Schutze der Interessen des gesamten Volkes dienen, dabei ist es vielmehr so [...], dass die Gesetze auf den Schutz ihrer Interessen ausgerichtet sind. Was sie als Freiheit bezeichnen ist die Freiheit der grenzenlosen Ausbeutung und Plünderung. Jeder, der dagegen protestiert und für seine Arbeitskraft einen würdevollen Streit führt, ist ein "Terrorist" und jegliche unmenschliche Maßnahme hingegen, der man diese Menschen aussetzt, ist berechtigt und wird aus gesetzlicher und religiöser Sicht für zulässig gehalten.

Wir, Revolutionäre und Sozialisten, haben diese Gesetze nicht anerkannt und erkennen sie nicht an.“

Trotz mehreren Jahren Haft ohne Urteilsspruch hat keiner der zehn Kommunisten seine Weltanschauung abgestritten und behauptet, er sei eigentlich gar kein Revolutionär. Und genau weil die Kommunisten nicht die Gesetze des Feindes anerkennen, wird es auch kein Schuldeingeständnis geben. Selbst der Genosse, der in der Türkei zweimal in Haft saß und der bis heute unter den bleibenden Schäden der Folter leidet, ist nicht auf die Erpressung der Staatsanwälte eingegangen, die über seine Gesundheit bescheid wissen, ihn aber trotzdem in eine 16m2 Einzelzelle einsperren und dann versuchen, seinen schlechter werdenden Zustand als Druckmittel für einen Deal zu nutzen.

Seit Januar ist auch dieser Genosse frei – ohne Deal mit den Richtern. Für ihn, wie für die Vier im Februar freigelassenen, sind laut Verteidigung Haftstrafen etwa in Höhe der verbüßten U-Haft denkbar, was einander aufheben würde. Und die Moral der Genossen, die Anfang März über ihren Prozess berichteten, ist gut. Ihre politische Arbeit wird weitergehen und wir freuen uns dass die Genossen in Freiheit sind! Sie kommen in einem Moment zurück in die türkische revolutionäre Bewegung, die für die kommunistischen Kräfte dort auf Jahrzehnte wegweisend sein wird und alle Entschlossenheit zum Kampf verlangt. •

MACHEN KINDER ARM?

Kinderkriegen ist das normalste auf der Welt. Und auch der bürgerliche Staat schreit förmlich nach ihnen. „Ohne sie würde das gesamte deutsche Sozialsystem zusammenbrechen und die Renten gänzlich verschwinden“, das scheint ihre Parole zum Anfeuern des Kinderkriegens zu sein. Kinderkriegen ist zu einer höchst politischen Sache geworden. Jede bürgerliche Partei meint, dazu etwas sagen zu müssen und auch aktuelle Diskussionen, über das Verbot von Informationen über Abtreibungen auf Ärzte-Websites, zeigt deutlich die Brisanz dieses Themas. Egal wie sich der deutsche Staat zu dem Thema äußert, er will mehr Kinder.

Doch immer mehr Frauen der Arbeiterklasse die Kinder kriegen werden arm. Dies gilt besonders für Alleinerziehende. Was ist denn nun aber dran, dass es im 5. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung heißt: „Die breite Zustimmung unserer Bevölkerung zur Sozialen Marktwirtschaft fußt auf dem Versprechen, dass Teilhabe am gesamtgesellschaftlich erwirtschafteten Wohlstand durch eigene Leistung möglich und auch für jene gegeben ist, die das soziokulturelle Existenzminimum nicht aus eigener Kraft erreichen können.“

Erstmal hört es sich doch so an, als ob sich niemand darüber Gedanken machen müsste, in diesem Staat, dass Er und Sie genügend Mittel hat, um sich und ihre Kinder zu ernähren. Die Praxis zeigt aber deutlich das Gegenteil. Viele Mütter der Arbeiterklasse wissen oft nicht, wie sie ihren Kindern den Zugang zu Freizeitbeschäftigungen ermöglichen sollen, die etwas kosten; das monatlich zur Verfügung stehende Geld ist schneller weg, als man hinschauen kann und das ist kein Zufall.

Dass Alleinerziehende, die in der großen Mehrheit Frauen sind, und Menschen mit Migrationshintergrund oder einer geringen „Qualifikation“ besonders von Armut betroffen sind, ist der Bundesregierung auch schon aufgefallen. Dass diese drei Dinge auf die Arbeiterklasse und besonders auf die Frauen in ihr zutrifft, scheint ignoriert zu werden. Das Proletariat?! So was gibt es hier im Wohlstandsland Deutschland doch nicht mehr!

Aber fangen wir mit der niedrigen Qualifikation an: Wie wir bereits geschrieben haben, ist Kinderkriegen das normalste der Welt. Ohne diese notwendige Reproduktion gäbe es bald keine Menschen mehr und dazu ist für viele eine Familie eine der schönsten Sachen der Welt. Nun ist es aber so, dass besonders in der Arbeiterklasse die Menschen früher Kinder kriegen, was mehrere Gründe hat. Die proletarischen Eltern haben im Gegensatz zu denen der Kleinbourgeoisie und Bourgeoisie keine Aussicht auf eine berufliche Karriere, bei der am Ende ein Lohn steht, von dem man sehr gut leben kann. Wenn die Chance auf einen Aufstieg auf der Karriereleiter nicht da ist, warum soll man dann mit Kindern warten? Auch wenn es eventuell ein ungeplantes Kind ist, kann dieses die bisherige Situation ja nicht wesentlich verschlimmern.

Viele arbeitenden Mütter haben Teilzeitverträge. AnderssistemmitderanstehendenReproduktionsarbeit - also dem Haushalt, der Kindererziehung und allem, was dazu dient, am nächsten Tag wieder pünktlich und einigermaßen fit auf der Arbeit zu erscheinen - auch gar nicht zu schaffen. Die Frau leistet diese in der Kleinfamilie nicht nur für sich, sondern auch noch für Kinder und den Mann. Im Gegensatz zu der Frau der Kleinbourgeoisie und Bourgeoisie kann sie diese Arbeit nicht auslagern, dazu besteht keinerlei finanzielle Möglichkeit. Die Frau wird in die Reproduktion gedrängt, was bürgerliche Staat massiv gefördert wird. Dazu nutzt er seine finanziellen Mittel, die er anscheinend nicht in der Lage ist in sinnvollere Sachen wie den Ausbau von Kitas, Schul- und Nachmittagsbetreuung zu stecken. 2013 wurde das Betreuungsgeld, umgangssprachlich als



„Herdprämie“ bekannt, eingeführt, 2015 allerdings als verfassungswidrig eingestuft und existiert nun nur noch in einigen Bundesländern. Jedoch nicht, weil es erzreaktionär ist, sondern weil, laut den Richtern, der Bund nicht für die Zahlung zuständig ist. Die Herdprämie sollte als Anerkennung dienen, wenn ein Elternteil sein Kind zu Hause während dem 15. und 36. Lebensmonat betreut. 150 Euro sind nicht viel, um ein Kind durch den Monat zu bringen, doch zusammen mit dem Kindergeld kommt eventuell soviel rum, wie bei einem schlechten 450-Euro-Job. Es ist verständlich, dass viele schlecht bezahlte Arbeiterinnen dadurch beschließen und immer noch beschließen, doch lieber zu Hause zu bleiben. Elterngeld und ElterngeldPlus sind nicht besser, denn diese lohnen sich vor allem dann, wenn der geringer Verdienende zu Hause bleibt, was bei einem durchschnittlich um 22% geringem Lohn in der Regel die Frau ist. Zwei Rechenbeispiele sollen dies veranschaulichen:

1. Das Nettoeinkommen eines Paares mit einem Kind unter sechs Jahren beträgt 1651 Euro und liegt somit auf der Armutsgrenze, wie der Armutsbericht 2016 festlegt. Die Frau arbeitet auf 450 Euro-Basis. Während der Betreuung des Neugeborenen und einer Pause von der Arbeit würde hier ein Elterngeld von 436,53 Euro zusammenkommen. Es gibt also eine Differenz von 13,47 Euro zum 450 Eurojob. Würde der Mann, mit einem Nettoeinkommen von 1201 Euro dasselbe tun, würde das Elterngeld nur 823,84 Euro betragen, also über 350 Euro weniger.

2. Das Nettocinkommen eines Paares mit einem Neugeborenen beträgt 2.050 Euro. Die Frau verdient 850 Euro, arbeitet während der Betreuungszeit nicht und erhält somit ein Basiselterngeld von 602,60 Euro. Gelte gleiches für den Mann mit einem Nettoeinkommen von 1200 Euro, so käme ein Basiselterngeld von 748,14 Euro heraus. Die Differenz bei der Mutter ist also wieder um einiges niedriger als beim Vater.

Auch Alleinerziehenden stehen diese Leistungen zu, doch als alleinerziehende Frau mit einem kleinen Kind, ist man nicht gerade die gefragteste Person auf dem Arbeitsmarkt. Viel zu groß ist die Gefahr, dass das Kind mal krank ist und die Frau zu Hause bleiben muss. Doch auch für alleinerziehende Frauen hat der deutsche Staat eine „Lösung“. So zahlt er z.B. Unterhaltsvorschuss, wenn der Vater

nicht zahlt. Dadurch ist die Frau nicht unbedingt darauf angewiesen, wieder zu arbeiten und wird so zu dem „Heimchen am Herd“, dass sich die Bourgeoisie wünscht. Auch erzählen viele Frauen, dass sie neben Sozialhilfe einen 450 Euro-Job haben, der zwar angerechnet wird, jedoch hätten sie damit wenigstens etwas Geld und genügend Zeit für ihre Familie, ohne dass das Amt mal wieder Ärger macht. Frauen haben also kaum die Möglichkeit ohne eine hohe Berufsqualifikation in den Beruf und am besten in Vollzeit zurückzukehren.

Wenn man sich nun als alleinerziehende Mutter darüber Gedanken macht, ob es besser ist wenig bis gar nicht zu arbeiten und von Stütze zu leben oder sich den Arsch aufzureißen, um am Ende des Tages ch genauso Geld wie mit Stütze zu haben, liegt die Entscheidung doch auf der Hand. Damit beginnt ein Teufelskreis, der so auch bei Müttern in einer Beziehung ist: Durch das Jahr, in dem man sich um das Kind kümmert, verliert man ein Jahr auf dem Arbeitsmarkt. Bleibt man danach noch länger zu Hause, weil man keinen Job findet, zahlt man immer weniger in die Rentenkasse ein und wird Opfer der immer stärker steigenden Altersarmut. Die Frau wird also bewusst in der ökonomischen Abhängigkeit vom Mann bzw. vom Staat gehalten. Sie soll sich nicht selbst und ihre Kinder ernähren können, lieber soll sie den ganzen Tag unentgeltlich die Reproduktionsarbeit machen, wie das Patriarchat und der Imperialismus es vorsehen. Und der Regierung ist die Konsequenz daraus durchaus bewusst:

„Gerade weniger privilegierte Bürgerinnen und Bürger empfinden ihre Anstrengungen vielfach als nicht ausreichend respektiert. Für die Menschen ist es von großer Bedeutung, dass sie und ihre Kinder den erreichten sozialen Status verbessern oder wenigstens erhalten können. Wenn hier Zweifel bestehen, kann dies in allen Gesellschaftsschichten zu Verunsicherung führen.“

Von „Verunsicherung“ zu sprechen ist mehr als heuchlerisch, vielmehr haben die Herrschenden Angst, dass die Frauen gegen diese ökonomische Unterdrückung aufbegehren und anfangen, sich zu wehren. Denn sei es nun das Elterngeld oder die Herdprämie, sie alle dienen nicht der Arbeiterklasse und schon gar nicht den Frauen, sondern verschlimmern ihre Lage nur noch mehr. •

DEMVOLKEDIENEN.ORG

Täglich neue Nachrichten von Kämpfen in den Vierteln, Entwicklungen in der BRD sowie aktuelle Informationen über den Widerstand in den unterdrückten Nationen auf deutsch und englisch.

*Gerüchteweise wird im April viel passieren.
Lest täglich DEMVOLKEDIENEN, um keine Termine zu verpassen.*

KONTAKT:
ROTEPOST@GMX.DE

